

Parlamentarischer Staatssekretär [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

13. Mai 2025

Sehr geehrter Herr Parlamentarischer Staatssekretär,

zu Ihrem Amt als Parlamentarischer Staatssekretär [REDACTED] möchten wir Ihnen zunächst ganz herzlich gratulieren!

Die unterzeichneten Verbände wenden sich gleich am Anfang Ihrer Tätigkeit mit einer dringenden Angelegenheit an Sie: In der General Assembly der WHO (19.-27. Mai 2025 in Genf) soll eine Resolution verabschiedet werden, die jegliche Kommunikation der Hersteller von Muttermilchersatzprodukten sowohl gegenüber Eltern wie gegenüber Fachpersonal verbietet. Wir halten ein vollständiges Kommunikationsverbot für diese Produkte, die notwendig sind, wenn ein Stillen des Säuglings aus welchen Gründen auch immer nicht möglich ist, für hochgradig gefährlich und unverhältnismäßig.

Die kommerzielle Kommunikation für Muttermilchersatzprodukte ist in Deutschland (und Europa) bereits streng reguliert. Unter anderem mit der Stillstrategie Ihres Hauses, aber auch mit den Hinweisen zum Stillen durch die Hersteller werden Mütter informiert, dass Stillen die vorzugswürdige Ernährung ihres Säuglings darstellt. Manchmal können oder wollen Mütter aber aus den unterschiedlichsten Gründen nicht stillen. Dann ist es wichtig, dass die Eltern sich umfassend und sachlich richtig über Muttermilchersatzprodukte informieren können. Vollständige Kommunikationsverbote führen zu uninformeden Eltern, die im schlimmsten Fall falsche Nahrung füttern, greifen in die grundrechtlich geschützte Kommunikationsfreiheit der Unternehmen ein und bevormunden junge Eltern.

Die verbindliche Annahme der Resolution würde Druck auf den europäischen wie den deutschen Gesetzgeber ausüben, die bestehende umfassende Regulierung der Werbung für Muttermilchersatzprodukte unnötig zu verschärfen. Wir appellieren deshalb an die deutsche Bundesregierung, sich in der General Assembly der WHO dafür einzusetzen, dass die Resolution abgelehnt oder lediglich mit „note with appreciation“ angenommen wird. Dann können Staaten außerhalb Europas auf die Resolution Bezug nehmen, so dort eine weitere Regulierung notwendig ist. Eine Umsetzung in Europa könnte aber nicht mehr mit der Berufung auf die WHO gefordert werden. Eine ausführliche Stellungnahme des ZAW zu dem geplanten Resolutionsentwurf fügen wir zu Ihrer Information bei. Auch andere der mitzeichnenden Verbände haben Stellungnahmen abgegeben, die Ihrem Haus ebenfalls vorliegen.

Sehr geehrter Herr Parlamentarischer Staatssekretär, wir appellieren an Sie, sich dafür einzusetzen, dass die Resolution in Genf nicht verbindlich angenommen wird.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen und Ihrem Team gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Bundesverband spezielle Lebensmittel (DIÄTVERBAND) e. V.



Lebensmittelverband Deutschland e. V.



Markenverband



Milchindustrie-Verband e. V.



Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft